Antrag

der Abg. Claus Schmiedel u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Wirtschaftsministeriums

Regelungslücke in der Konzessionsabgabenverordnung im Gasbereich

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. in welchen Städten in Baden-Württemberg große, bundesweit agierende Gasversorger (wie z. B. die E.ON AG) die Lücke für die konzessionsabgabenrechtliche Kundeneinstufung bei Gas ausnutzen;
2. ob es Bestrebungen der Landesregierung gibt, via Bundesratsinitiative für einen Lückenschluss zu sorgen.

28. 06. 2007

Schmiedel, Dr. Prewo, Haas, Rudolf Hausmann, Knapp SPD

Begründung

Durch die Regelungslücke in der Konzessionsabgabenverordnung im Gasbereich droht ein dramatischer Rückgang des Konzessionsabgabenaufkommens bei Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg.

Sonderverträge von Gasversorgern werden in Bezug auf die Konzessionsabgabe Gas anders eingestuft als Grundversorgungstarife. Die Höchstbeträge nach der Konzessionsabgabenverordnung bei der Belieferung von Sondervertragskunden darf im Gasbereich 0,03 ct/kWh nicht überschreiten, während die Sätze bei Tarifierung abhängig von der Einwohnerzahl weit höher liegen. Es bleibt den Gasversorgern überlassen, ab welcher Gaslieferungsmenge sie Sonderverträge anbieten. Diese Freiheit hat zur Folge, dass das Konzessionsabgabenaufkommen der Städte und Gemeinden drastisch sinken wird.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 20. Juli 2007 Nr. 4-4590/107 nimmt das Wirtschaftsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Zu 1.: in welchen Städten in Baden-Württemberg große, bundesweit agierende Gasversorger (wie z. B. die E.ON AG) die Lücke für die konzessionsabgabenrechtliche Kundeneinstufung bei Gas ausnutzen;

Nach § 1 Abs. 2 der Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas (Konzessionsabgabenverordnung – KAV) sind Konzessionsabgaben „Entgelte für die Einräumung des Rechts zur Benutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die der unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Gemeindegebiet mit Strom und Gas dienen“. Die Konzessionsabgabe bemisst sich grundsätzlich an der Menge der jeweils transportierten Energie Strom oder Gas und ist vom Netzbetreiber zu entrichten. Die Höhe der Konzessionsabgabe ist preisrechtlich begrenzt. Für Gas, das an Tarifkunden geliefert wird, bemisst sich die Höhe der zulässigen Konzessionsabgabe nach der Einwohnerzahl der Gemeinde und ist unterteilt in Gas für „Kochen und Warmwasser“ sowie für „sonstige Tarifierungen“. Die zulässige Höhe liegt dabei zwischen 0,22 Cent und 0,93 Cent/Kilowattstunde (kWh). Nach § 2 Abs. 3 KAV darf die Konzessionsabgabe demgegenüber bei der Belieferung von Sondervertragskunden bei Gas den Betrag von 0,03 Cent/kWh nicht übersteigen.

Nach § 1 Abs. 3 KAV sind Tarifkunden im Sinne der KAV grundsätzlich Haushaltskunden und gewerbliche Kleinverbraucher mit bis zu 10.000 kWh Jahresverbrauch, die im Rahmen der Grundversorgung oder Ersatzversorgung (§ 36 und 38 Energiewirtschaftsgesetz) oder im Rahmen von Tarifverträgen, die vor Inkrafttreten des Energiewirtschaftsgesetzes bestanden haben, mit Gas beliefert werden. Von der Struktur des Kundenkreises und der Anzahl dieser Tarifkunden hat das WM keine Kenntnis, da die Gasversorgung auch im Tarifbereich nicht der Energieaufsicht unterlag. Nach Kenntnis des WM wird jedoch die Versorgung mit Gas zu Heizzwecken auch bei bestehenden Verträgen von den einzelnen Gasversorgungsunternehmen seit längerem unterschiedlich gehandhabt. Während in vielen Versorgungsgebieten Gas zu Heizzwecken als Lieferung an sonstige Tarifabnehmer behandelt wird, haben einzelne Gasversorger im Heizungsbereich bereits vor Inkrafttreten des neuen Energiewirtschaftsrechts diese Verträge als Sonderverträge abgeschlossen. Daneben verwenden zahlreiche Versorgungsunternehmen auch Mischsysteme aus Tarif- und Sonderverträgen. Demgegenüber sind Gasbezugsverträge, die von neuen Anbietern wie etwa der E.ON-Tochter „E wie einfach“ oder auch möglicherweise von anderen Anbietern wie Stadtwerken überregional angeboten werden, generell als Sonderverträge einzustufen. Bei diesen Sonderverträgen handelt es sich ausschließlich um privatrechtliche Vereinbarungen zwischen den Vertragspartnern, die keiner Aufsicht unterliegen. Dem WM liegen daher keine Informationen darüber vor, welche überregionalen Anbie-

*) Nach Ablauf der Drei-Wochen-Frist eingegangen.

ter in welchen Städten und Gemeinden des Landes derartige Verträge abgeschlossen haben. Es liegen auch keine Informationen darüber vor, wie hoch die Anzahl der Kunden ist, die bereits zu den neuen Anbietern gewechselt haben. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich, wie dies auch im Strombereich zu beobachten ist, die Zahl der Anbieterwechsler derzeit noch in geringem Rahmen bewegt, da insbesondere die Wechselmöglichkeit auch erst seit 1. Oktober 2006 konkret in größerem Umfang besteht.

Wechseln Gaskunden, die bisher als Tarifikunden eingestuft waren, als Sondervertragskunde zu einem der neuen Anbieter, so bedeutet dies für die betreffende Kommune in der Regel einen Einnahmeausfall, da die vom Netzbetreiber zu entrichtende Konzessionsabgabe dann auf 0,03 Cent/kWh begrenzt ist.

Diese Auswirkung wurde u. a. im Rahmen des Bundesratsverfahrens anlässlich der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes im Jahr 2005 von der kommunalen Seite bemängelt. Da nach Auffassung der Mehrzahl der Bundesländer die Novellierung des Energiewirtschaftsrechts keine Einbußen für die Kommunen nach sich ziehen sollte, wurde eine entsprechende Berücksichtigung im Gasbereich analog der im Strombereich vorgenommenen Regelung in die Vorschläge des Bundesrats aufgenommen. Dabei sollten Kleinverbraucher grundsätzlich konzessionsabgabenrechtlich als Tarifikunden behandelt werden. Das Land hat sich insbesondere bei den Verhandlungen im Innenausschuss und im Wirtschaftsausschuss für diese Regelung eingesetzt. Im Vermittlungsverfahren wurde diese Regelung für Gas nicht übernommen. Zu den Motiven des Vermittlungsausschusses hat der Ministerpräsident des Landes Hessen, Koch, dazu in einer Pressemitteilung erklärt, die neue Regelung hätte für zahlreiche Heizgaskunden, die bereits bisher als Sondervertragskunden eingestuft waren und lediglich die geringfügige Konzessionsabgabe von 0,03 Cent/kWh zu bezahlen hatten, eine deutliche Preiserhöhung mit sich gebracht, die man ihnen nicht zumuten wollte. Der Vermittlungsausschuss habe daher die Anpassung der Regelung im Gasbereich gestrichen. Weitergehende Informationen hierzu liegen dem WM nicht vor.

Zu 2.: ob es Bestrebungen der Landesregierung gibt, via Bundesratsinitiative für einen Lückenschluss zu sorgen.

Das Ausmaß des Wechsels von Gaskunden insbesondere mit Bezug von Gas zu Heizzwecken in Sonderverträge oder zu neuen Anbietern ist derzeit noch klein, die weitere Entwicklung noch nicht abzusehen. Nach Auffassung der Landesregierung lässt sich daher auch die tatsächliche Auswirkung der unterbliebenen Anpassung im Gasbereich noch nicht hinreichend konkret beurteilen. Eine Bundesratsinitiative zum gegenwärtigen Zeitpunkt hält die Landesregierung deshalb derzeit für nicht opportun. Im Rahmen einer demnächst anstehenden Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes wird jedoch zu prüfen sein, inwieweit eine Anpassung der Konzessionsabgabenverordnung zur Stabilisierung des Aufkommens für die Gemeinden erforderlich ist.

Pfister
Wirtschaftsminister